Abonnement für Stettin monatlich 50 Pfennige, mit Trägerlohn 70 Pfennige, auf der Post vierteljährlich 2 Mark, mit Landbriefträgergeld 2 Mark 50 Pfennige.

Inserate: Die 4gespaltene Petitzeile 15 Pfennige. Stettin, Kirchplatz Nr. 3.
Redaktion, Druck und Verlag von R. Graßmann. Sprechstunden von 12—1 Uhr.

Stettiner Zeitung.

Morgen-Ausgabe. Mittwoch, den 16 April 1884. **Nr. 177.**

Deutschland.

Berlin, 15. April. Die „Nordd. Allg. Ztg." schreibt:

Verschiedene Blätter beschäftigen sich mit Verhandlungen, welche über den Eintritt des Herrn Miquel in das preußische Ministerium stattgefunden haben sollen. Die betreffenden Artikel beruhen ohne Ausnahme auf Erfindung, ebenso wie die sonstigen Lückenbüßer über Ministerkrisen. Es ist weder eine Vakanz noch eine neu zu schaffende Stellung in Aussicht, die zu dergleichen Muthmaßungen Anlaß geben könnte. Der Ursprung aller dieser Erfindungen beruht möglicherweise auf subalterner Ausbeutung der Thatsache, daß der Reichskanzler den Wunsch gehabt hat, Herrn Miquel bei seiner letzten Anwesenheit in Berlin zu sehen, ohne denselben aber verwirklichen zu können, weil Herr Miquel vor Empfang der erfolgten Einladung Berlin verlassen hatte. Ein solcher Wunsch hat bei den von jeher guten Beziehungen zwischen dem Reichskanzler und Herrn Miquel an sich nichts Auffälliges, und können ehrlicher Weise daraus doch von Niemand Rückschlüsse auf Ministerkrisen und Ministerzukunft gezogen werden. Fürst Bismarck kann sowohl um der Persönlichkeit des Herrn Miquel willen, als auch wegen seiner hervorragenden Stellung in einer angesehenen Fraktion und wegen seiner Eigenschaft als consul dirigens einer so bedeutenden Stadt, wie Frankfurt a. M. ist, sehr wohl das Bedürfniß nach geselligem und persönlichem Verkehr mit demselben haben, ohne daß daraus auf eine Ministerkrisis und Verhandlungen über Neubesetzung noch nicht vakanter Stellen geschlossen werden dürfte.

— Aus Lyck in Ostpreußen wird der Münchener „Allg. Z." über die nach viertägiger Reise am 2. April erfolgte Ankunft der von Metz dorthin verlegten zwei Bataillone des 8. ostpreußischen Infanterie-Regiments Nr. 45 und über den herzlichen und festlichen Empfang berichtet, der denselben durch die Stadt Lyck bereitet wurde. Zum ersten Willkomm am Bahnhofe hatten sich auch sechs russische Dragoner-Offiziere in Gala-Uniform, unter Führung eines Majors, eingefunden. Dieselben waren aus den benachbarten russisch-polnischen Garnisonsorten Grajewo und Szczuczyn nach Lyck herübergeritten und nahmen sodann an dem zu Ehren der preußischen Offiziere veranstalteten Festmahle Theil, bei welchem, nach dem Toast auf Kaiser Wilhelm, auch Trinksprüche auf den Kaiser von Rußland und die tapfere russische Armee ausgebracht wurden. Der Führer der russischen Offiziere erwiderte in russischer Rede, die von einem Dolmetsch sofort ins Deutsche übertragen wurde. In der Nacht kehrten die russischen Offiziere zu Pferde nach ihren Garnisonen zurück.

— Von zahlreichen Vereinen und Privaten, die sich für den Schutz nützlicher Vögel interessiren, wird die Erwartung ausgesprochen, daß zur dritten Lesung der Jagdordnung der Antrag, die Krammetsvögel von den jagdbaren Thieren auszuschließen, wieder eingebracht und angenommen werden möge. Die Wiederholung des Antrages ist bereits angekündigt, und die Annahme wird um so sicherer erwartet, als die Regierungskommissarien bei Bekämpfung des Antrages ein wichtiges Zugeständniß, wenn auch unfreiwillig, gemacht haben. Danach verstehe der forstliche Sprachgebrauch unter „Krammetsvögel" hauptsächlich die Singdrossel und etwa auch die Rothdrossel. Nun ist es grade die Singdrossel, welche die Volksanschauung ebenfalls gegen den Massenmord geschützt wissen will. Der zweite Einwand der Gegner des Antrages, daß durch Annahme desselben der Krammetsvogel dem freien Thierfange verfalle, ist formell richtig, in Wirklichkeit aber wird dadurch ermöglicht, diese Vögel dem Schutze von Polizeiverordnungen zu unterstellen, der sich auf für jagdbar erklärte Thiere nicht erstrecken darf. Die öffentliche Meinung wird dann nicht verfehlen, auf gänzliche Beseitigung des volkswirthschaftlich unnützen, aus vielen Gründen verwerflichen Krammetsvogelfanges hinzuarbeiten.

— Ueber die beiden großen politischen Versammlungen, welche gestern stattgefunden haben, liegen zunächst nur kurze Berichte vor. Ueber die nationalliberale Versammlung zu Neustadt a. d. H. meldet die „C. T. C.":

„Die heutige Versammlung der süd- und südwestdeutschen Nationalliberalen war äußerst zahlreich besucht. Oberbürgermeister Miquel aus Frankfurt a. M. sprach in längerer, vielfach mit lang anhaltendem Beifall aufgenommener Rede über die Heidelberger Erklärung bezüglich der Zoll- und Steuer-, sowie der Sozialpolitik, Eckard (Mannheim) behandelte die allgemeinen politischen Verhältnisse, Dr. Buhl die Arbeiterversicherung. Schließlich wurde einstimmig eine Resolution angenommen, in welcher die Versammlung erklärt, der Heidelberger Erklärung beizutreten und den Landesparteien zu empfehlen, sich der Organisation der nationalliberalen Partei des Reiches anzuschließen."

Einem Telegramm der „Frankf. Ztg." entnehmen wir noch Folgendes:

„Miquel spricht sein Bedauern über die Sezession aus. Das Heidelberger Programm berühre nur die brennenden Fragen; in der Zoll- und Wirthschaftspolitik sei Ruhe eingetreten, die Partei acceptire lieber das gegenwärtige System, als fortwährende Schwankungen. Redner polemisirte gegen die Ultramontanen und die Agrarier, ist jedoch für Getreidezölle, weil die Landwirthschaft wie die Industrie zu schützen sind. Der steigende Wohlstand sei dem mobilen Kapital zu Gute gekommen. Eine höhere Besteuerung sei empfehlenswerth insbesondere für den Zucker und den Branntwein. Die Reichsministerfrage sei Nebensache, die Entwickelung des Reichsgedankens müsse im Einklang mit den Einzelstaaten erfolgen. Redner tritt für die Rechte des Parlaments und für die geheime Wahl ein, bekämpft aber fortschrittliche Bestrebungen in Bezug auf das Militärwesen und die Gegnerschaft der freisinnigen Partei gegen die Sozialreform des Kanzlers. Er schließt, indem er der Hoffnung Ausdruck giebt, daß der Nationalliberalismus und der Kanzler sich nähern werden und mit einem [illegible] auf die Sozialreform."

— Ueber die klerikale Versammlung in Köln meldet die „C. T. C.":

„Der heute im Gürzenich stattgehabte rheinische Katholikentag war von etwa 4000 Personen besucht. Dr. Braubach eröffnete die Versammlung und erklärte, dieselbe sei aus eigener Initiative zusammengekommen, nicht nur aus Veranlassung der Zentrumsfraktion, um den Wünschen und Beschwerden der Katholiken in gerechten Forderungen Ausdruck zu geben. Freiherr von Loe übernahm den Vorsitz. Nach dreistündigen Verhandlungen wurden einstimmig vier Resolutionen beschlossen."

— Das Befinden der Kaiserin ließ während der letzten Tage viel zu wünschen übrig. Die hohe Frau leidet, wie wir erfahren, an einem mit Fiebererscheinung verbundenen Katarrh eines Lungenflügels. Von dem gestern begonnenen Aufenthalt im Bett darf indessen die baldige Besserung des an sich nicht bedenklichen Zustandes erhofft werden.

— Kronprinz Rudolf von Oesterreich und seine Gemahlin haben gestern Abend $10\frac{1}{2}$ Uhr mit ihrem Gefolge vom Staatsbahnhofe in Wien aus mittelst Separatzuges die Reise nach Konstantinopel angetreten; eine offizielle Verabschiedung war verbeten, vom Kaiser und von den Mitgliedern des kaiserl. Hauses hatte das kronprinzliche Paar im Laufe des Vormittags Abschied genommen.

— Nach einer in London aus Loando eingegangenen Meldung vom 17. März ist der ausgezeichnete Afrikareisende Dr. Paul Pogge daselbst gestorben. Pogge, der im Jahre 1838 in Mecklenburg geboren war, hatte sich 1864 nach absolvirten Universitätsstudien nach der englischen Kolonie Natal und später nach Mauritius und Bourbon begeben, von wo er 1874 nach Europa zurückkehrte, um sich der damals vorbereiteten Homeyer'schen Cassange-Expedition anzuschließen. Er drang glücklich bis Mussumba im Lundareich vor und gelangte somit am weitesten ins Innere von allen Reisenden der Deutschen Afrikanischen Gesellschaft. Die Resultate seiner damaligen Reise sind theilweise in dem interessanten Buche „Im Reiche des Muata Jamwo" niedergelegt.

— Kürzlich wurde über eine Verhandlung des englischen Unterhauses berichtet, welche Maßregeln betraf, die seitens der deutschen Reichsregierung gegen „Sklavenhandels-Umtriebe" in der Südsee beabsichtigt sein sollten. Es ging daraus hervor, daß von deutscher Seite Beschwerde über solche Umtriebe erhoben sei, nicht aber von welcher Seite der Anlaß zu dieser Beschwerde geboten worden. Ueber den Zusammenhang der Sache giebt ein dem „Hamburger Korrespondenten" von einem seit Jahren in der Südsee heimisch gewordenen Deutschen zugehendes Schreiben folgenden Aufschluß:

„Der im Nordosten von Australien gelegene Archipel von Neu-Britannien, Neu-Irland, Duke of York u. s. w. hat im Laufe der letzten Jahre für den deutschen Handel außerordentliche Wichtigkeit erlangt. Die früher auf diesen Inselgruppen thätig gewesenen englischen Geschäftsleute haben sich seit dem Rückgang des Preises für Kopra (getrocknete Kokosnüsse) aus dieser Gegend zurückgezogen; dagegen breiteten sich dort die deutschen Agenturen und Niederlassungen immer mehr aus. Die „Deutsche Handels- und Plantagen-Gesellschaft der Südsee-Inseln", deren Hauptquartier bekanntlich Samoa ist, besitzt auf Duke of York, auf dem östlichen Theile von Neu-Britannien und an der Westküste von Neu-Irland etwa 20, zum größten Theil besetzte Handels-Stationen; die Hamburger Firma Hernsheim u. Co. hat deren mehrere auf den beiden letzten Inseln und ferner in Laughlan, Anachorete und auf den Hermit-Inseln. Das Einvernehmen mit den rohen, aber auf den meisten dieser Inseln, namentlich auf Neu-Britannien, gutartigen Einwohnern war bis vor einiger Zeit ein freundliches. Die verhältnißmäßig zahlreiche Bevölkerung ließ sich gern auf Tauschhandel mit den deutschen Händlern ein und zeigte sich auch bereit, auf den deutschen Plantagen gegen mäßigen Lohn zu arbeiten. Für die Sicherheit der Deutschen reichte es aus, daß gelegentlich ein Kriegsfahrzeug die deutsche Flagge zeigte. Nur einige Male mußten Ausschreitungen, wie z. B. auf den Hermit-Inseln, bestraft werden. Immerhin aber ließ sich mit diesen Leuten leben, namentlich auf Neu-Britannien, so lange dieselben nicht gereizt wurden.

Dies ist aber während der letzten Jahre wiederholt, und zwar hauptsächlich unter englischer Flagge, geschehen. Alljährlich, vor Beginn der sogenannten Werbesaison, die mit dem Maimonat ihren Anfang nimmt und bis in den September hinein zu dauern pflegt, erscheinen in dem Archipel von Neu-Britannien englische Schiffe von Queensland und von den Fidschi-Inseln, wo Mangel an Arbeitern herrscht, um solche auf jenen volkreichen Inseln anzuwerben. Die Art, wie diese „Werbungen" bewerkstelligt werden, läßt sie jedoch einfach als Sklavenhandel erscheinen. Unter Versprechungen, die niemals gehalten werden, sucht man ärmere Eingeborene Neu-Britanniens und Neu-Irlands auf die Schiffe zu locken und dann nach Queensland und auf die Fidschi-Inseln zu schaffen. Da das von Jahr zu Jahr schwieriger wird, „miethet", d. h. kauft man von den Häuptlingen Leute, die diese während ihrer Fehden zu Gefangenen gemacht haben, oder deren sie sich sonst zu entledigen wünschen. Wer einmal an Bord eines solchen „Arbeiterschiffes" gerathen ist, muß sich blindlings fügen, wird an der ihm angewiesenen Arbeitsstelle so lange wie möglich, und gewöhnlich über seinen Kontrakt hinaus, zurückbehalten, und kann froh sein, wenn er die Heimath überhaupt wieder zu sehen bekommt. Kehren diese Leute nach Neu-Britannien und Neu-Irland zurück, so sind sie in der Regel geschworene Feinde aller Weißen, verzweifelte Gesellen, die ihre Landsleute gegen die „Fremden" anstiften, einerlei, ob dieselben Deutsche oder Engländer sind.

Von Jahr zu Jahr nehmen diese „Werbungen" einen gewaltsameren Charakter an, denn die Abneigung der Eingeborenen gegen die zeitweilige Verpflanzung auf fremden Boden verstärkt sich in demselben Maße, in welchem die Gelegenheit zur Arbeit in der Heimath sich vermehrt und die Kapitäne der englischen Arbeiterschiffe unter den Augen der dieselben begleitenden Regierungs-Agenten, um überhaupt ihren Zweck zu erreichen, Brutalitäten verüben, wie sie schlimmer kaum gedacht werden können. Widerstrebende und flüchtige Eingeborene werden niedergeschossen, die Häuptlinge für Dinge verantwortlich gemacht, an denen sie völlig unschuldig sind rc.

Es bedarf keiner weiteren Ausführung darüber, daß diese Verhältnisse für die auf jenen Inseln ansässigen handeltreibenden Deutschen außerordentliche Schwierigkeiten und Gefahren mit sich bringen; denn sie müssen die unmittelbaren Folgen solcher Brutalitäten tragen. Im vorigen Sommer z. B. langte auf Neu-Britannien das queensländische Schiff „Fanny" an, nahm dort einige Häuptlinge als Dolmetscher und Werbe-Agenten an Bord und fuhr mit diesen nach der benachbarten Insel Man, um daselbst Arbeiter anzuwerben. Da dies nicht gelang und die Bewohner von Man sich weigerten, an Bord der „Fanny" zu kommen, versuchte die englische Schiffsmannschaft Gewalt anzuwenden, und es kam zwischen ihr und den Man-Insulanern zu Thätlichkeiten, bei denen einer der aus dem Neu-Britannischen Dorfe Nadup mitgenommenen Häuptlinge erschlagen wurde. Die „Fanny" ging nach Nadup zurück; hier erregte die Kunde von dem Ende des Häuptlings eine derartige Erbitterung, daß die Bewohner zu den Waffen griffen; in einem förmlichen Gefecht mit der Mannschaft der „Fanny" wurde der an Bord befindliche Agent der Queensland-Regierung ernstlich verwundet. Einmal erregt, fielen die Bewohner von Nadup sodann über die friedlichen Europäer ihrer Nachbarschaft her, plünderten die bei ihrem Dorfe belegene katholische Kirche und das Haus des Priesters derselben, eines Franzosen, und nöthigten den dortigen Agenten der „Deutschen Handels- und Plantagen-Gesellschaft" zu schleuniger Flucht und zur Preisgebung seines Besitzes. Ein noch schlimmerer Fall hat sich auf den wegen der Friedfertigkeit ihrer Bewohner bekannten Laughlan-Inseln zugetragen. Der daselbst lebende Agent des Hauses Hernsheim u. Co. hatte den Häuptlingen der Insel von der Annahme der Werbebedingungen abgerathen, welche ihnen von dem Führer des Queensländischen Arbeiterschiffes „Stanley", Kapitän Davis, gemacht worden waren. Davis ließ aus Rache das Hernsheim'sche Stationshaus in Brand stecken. Diese Firma hat deswegen in Queensland reklamirt; ob sie aber bei der dortigen Kolonialregierung ihr Recht finden wird, ist zweifelhaft.

Außer den unmittelbaren Gefahren für den deutschen Handel in jenen Gegenden liegt die Besorgniß nahe, daß die Feindschaft der Eingeborenen gegen die Weißen und die hierdurch erzeugte Unsicherheit den Vorwand für eine Okkupation dieses Gebietes durch die Engländer hergeben soll, worauf ja die Australier seit einiger Zeit hinarbeiteten. Hierdurch würden die Deutschen aus einer in friedlicher Arbeit und mit vielen Opfern eroberten Position verdrängt, oder wenigstens in ihrer Stellung schwer geschädigt werden. Auf den unabhängigen Inseln ist es den Deutschen in der Südsee noch stets gelungen, die erste Stelle einzunehmen; sobald aber die englische Flagge gehißt wird, werden sie nicht nur äußerlich zurückgedrängt, sondern auch in ihren wohlerworbenen Rechten geschädigt. Dies lehrt sie die kurze Geschichte der Fidschi-Inseln, seitdem diese eine englische Kolonie geworden sind. Denn mit einem Schlage wurde den Deutschen hier ihr ganzes Grundeigenthum so gut wie konfiszirt; man verlangte von ihnen, in einem noch immer nicht beendigten Verfahren vor einer Verwaltungsbehörde die rechtmäßige Erwerbung der einzelnen Ländereien nachzuweisen. Ein sehr großer Theil derselben ist ihnen bereits abgesprochen worden, und zwar in der Hauptsache aus keinem anderen Grunde, als weil man gefunden hat, daß das Grundeigenthum jetzt mehr werth ist, als zur Zeit der Erwerbung durch die Deutschen, d. h. vor 10 bis 30 Jahren.

Da man in den australischen Kolonien kürzlich eine Resolution angenommen hat, wonach alle Grunderwerbungen auf den noch unabhängigen Südsee-Inseln nach späterer Okkupirung durch Australien nicht anerkannt werden sollen, so ist es begreiflich, daß die deutschen Häuser, welche auf den in der Nachbarschaft von Australien liegenden Inseln Grundeigenthümer geworden sind, in einer solchen Okkupation keine Wohlthat erblicken würden. Das dringendste Interesse der Deutschen geht daher dahin, daß gute Beziehungen zwischen den Eingeborenen und den Weißen wiederhergestellt, und daß vor Allem die Deutschen keinen Augenblick schutzlos gelassen werden. Die Eingeborenen müssen davon überzeugt werden, daß deutscherseits die entschiedene Absicht besteht, den eingerissenen, nicht von Deutschen verschuldeten Mißbräuchen zu steuern. Hierzu aber ist Zweierlei erforderlich: Einmal die fortdauernde Anwesenheit eines kaiserlich deutschen Kriegsfahrzeuges, welches nach dem Rechten sieht und solche Gewaltakte verhindert, und zweitens die Einlegung eines mit voller Autorität bekleideten deutschen Konsular-Beamten, welcher die Vertretung der Interessen seines Landes und seiner Landsleute zum ausschließlichen Beruf hat. Rechtzeitig ergriffen, würden diese Maßregeln völlig neue Verhältnisse schaffen.

Daß es möglich ist, das Arbeiter-Anwerbungsgeschäft auch ohne Gewaltthätigkeiten und in billiger Weise zu betreiben, beweist das deutsche Beispiel. Denn auch für die Plantagen auf Samoa und Tonga werden seit Jahren von deutschen Schiffen in dem Archipel von Neu-Britannien Arbeiter angeworben, ohne daß dieselben zu Klagen und Zerwürfnissen Anlaß gegeben hätten. Nichtsdestoweniger hat kürzlich das deutsche Generalkonsulat in Apia ein Reglement erlassen, dessen Durchführung die Möglichkeit von Gewaltthätigkeiten gegen Eingeborene unter deutscher Flagge ausschließt. Möge auch sonst deutscherseits alsbald das Nöthige geschehen, damit im westlichen Archipel der Südsee wie im östlichen der deutsche Han-

del in seiner freien Entwickelung von keiner Seite gestört werde."

— Der Gouverneur von Metz, General von Schwerin, ist gestern Abend von einem Schlaganfall betroffen worden, sein Zustand soll der „Lothringer Ztg." zufolge bedenklich sein.

— In Cahors, dem Geburtsorte Gambetta's, fand gestern die Enthüllung der Statue desselben statt. Im Hinblick auf die Zusammensetzung des Kabinets Ferry kann es nicht überraschen, daß diese Enthüllungsfeier sich zu einer von der Regierung gewissermaßen selbst inszenirten Kundgebung für den verstorbenen Parteiführer gestaltete. Ueber den Verlauf der Feier, mit welcher die Einweihung der Eisenbahn Cahors-Montauban — Gambetta selbst hatte das bezügliche Projekt seiner Zeit patronisirt — verbunden war, liegende folgende telegraphische Mittheilungen vor:

Paris, 14. April. Gestern fand in Montauban ein Banket statt, bei welchem der Minister der öffentlichen Arbeiten erklärte, daß die Regierung im Sinne der Politik Gambetta's fortfahre, nach außen hin eine Politik des Friedens zu verfolgen, aber nicht eine der Entsagung, denn Frankreich wolle seine Interessen vertheidigen. Die Regierung sei bemüht, die Republik im Innern stark und fest zu machen. — Der Ministerpräsident Ferry, der Kriegsminister Campenon und andere hervorragende Personen sind gestern Abend in Cahors eingetroffen und von der Bevölkerung mit Beifall begrüßt worden.

Cahors, 14. April. Der Ministerpräsident Ferry und die übrigen mit demselben eingetroffenen Mitglieder des Kabinets empfingen heute die Spitzen der Behörden. Der Bischof, umgeben von der Geistlichkeit, betonte den Vertretern der Regierung gegenüber seine Ergebenheit für die letztere und hob hervor, die ihm unterstellte Geistlichkeit gehöre der republikanischen Partei an. Ferry dankte und sprach den Wunsch aus, das Konkordat, das Band, welches die Kirche mit dem Staate verbinde, aufrecht zu erhalten.

Cahors, 14. April. In seiner Rede bei der Enthüllung der Statue Gambetta's gab Ministerpräsident Ferry dem Schmerze über das zu frühe Hinscheiden Gambetta's Ausdruck, das eine nicht auszufüllende Lücke gerissen habe. Gambetta's Andenken werde nicht erlöschen, weil es verknüpft sei mit den tiefsten Schmerzen des Vaterlandes, es könne nur noch wachsen in der Unparteilichkeit der Geschichte. Die Liebe zu Frankreich sei die ihn beherrschende Leidenschaft gewesen, für Frankreich habe Gambetta in zwölf Jahren mehr an Kräften aufgewendet, als sonst in einem langen Leben möglich sei. Der Kriegsminister Campenon brachte Gambetta die Huldigung der Armee dar, Gambetta habe die nationale Vertheidigung organisirt und habe niemals verzweifelt an der Rettung des Vaterlandes, die Liebe zu Frankreich habe Gambetta zu guter Stunde gelehrt, daß eine Nation in der Welt nur unter der Bedingung mitzähle, daß sie stark und jederzeit bereit sei, die Rechte Anderer zu respektiren, aber auch ihr Blut zu vergießen für die Vertheidigung der Heimath und der Ehre. Die Armee werde Gambetta's niemals vergessen.

Paris, 15. April. Bei dem gestern Abend in Cahors stattgehabten Banket toastete Ministerpräsident Ferry auf die Einigkeit der republikanischen Partei.

— Ueber die neuerdings aus Kuba gemeldeten Ruhestörungen liegt folgende telegraphische Mittheilung vor, aus welcher hervorgeht, daß jene bisher keineswegs irgend welchen größeren Umfang angenommen haben. Das Telegramm lautet:

Madrid, 14. April. Nach einer amtlichen Depesche des Gouverneurs von Havanna vom heutigen Tage ist die Bande Aguerro's die einzige, welche noch auf der Insel besteht. Die derselben angehörenden 18 Mann hatten sich in verschiedene Gruppen getheilt, die Verfolgung werde lebhaft fortgesetzt. Auf der ganzen Insel herrsche Ruhe. Die Einnahmen Kubas hätten sich im März auf 3,100,000 Doll. belaufen und seien dies die stärksten Einnahmen seit Juli vorigen Jahres. Die von amerikanischen und französischen Blättern über kubanische Verhältnisse gebrachten Mittheilungen seien falsch und sollten nur Börsenmanövern dienen.

— Die telegraphischen Nachrichten aus Egypten lauten sehr ungünstig. Ein Scheich Marghani beabsichtigte bekanntlich am letzten Sonnabend mit anderen Scheichs zusammenzukommen, um darüber Beschluß zu fassen, ob man zu den Engländern oder dem Mahdi halten wolle. Die Berathung ist aber unterblieben, da inzwischen Gerüchte, daß Khartum eingenommen und das Nilufer am fünften Katarakt, nördlich von Berber, durch die Sudanesen besetzt sei, eingelaufen sind. Dem „Observer" wird unterm 13. aus Kairo bestätigt, daß Berber von jedem Verkehr zu Wasser und zu Lande abgesperrt sei. Die Rebellen lagern in großer Anzahl in der Umgegend und beunruhigen die Stadt fortwährend. Der Gouverneur bittet dringend um englische Hülfe. Auch der Gouverneur von Dongola, welches weit unterhalb Berber, zwischen dem dritten und vierten Katarakte liegt, fühlt sich bereits bedroht und hat telegraphisch um Schießwaffen gebeten. Der Aufstand scheint sich demnach sehr rasch gegen Norden auszubreiten. Die englische Regierung hat zufolge einer Meldung des „Reuter'schen Bureaus" den Mächten Vorschläge zur Lösung der finanziellen Schwierigkeiten Egyptens gemacht. In denselben wird auch die Entlassung der Armee des General Wood proponirt.

— Nach den letzten Mittheilungen aus Tonkin ist Hunghoa von den Chinesen und schwarzen Flaggen geräumt, so daß auch dieser nordwestlich von Sontay gelegene feste Punkt sich gegenwärtig im Besitze der französischen Expeditionstruppen befindet. Diese Depeschen melden zugleich, daß das französische Expeditionskorps nach der Einnahme der Zitadelle sich unmittelbar anschicken sollte, die flüchtigen Chinesen zu verfolgen. Das hauptsächliche Interesse muß sich aber jetzt auf das Verhalten der chinesischen Regierung konzentriren. Wie während des ganzen Verlaufes der Tonkin-Expedition stehen sich auch jetzt die optimistische Auffassung der französischen Regierung und die pessimistische der englischen Organe gegenüber. In dieser Hinsicht wird telegraphisch mitgetheilt:

Paris, 14. April. Nach den jüngsten hier eingegangenen Nachrichten aus Shangai findet die Meldung, daß die Kriegspartei daselbst die Oberhand gewonnen und Prinz Kong in Ungnade gefallen sei, durchaus keine Bestätigung, vielmehr wird versichert, daß die friedlichen Bestrebungen bei der chinesischen Regierung noch vorherrschen.

Anderweitige Meldungen lauten dagegen weit weniger friedlich. Bemerkenswerth ist auch nachstehende Nachricht:

London, 14. April. Dem „Reuter'schen Bureau" wird aus Shangai gemeldet, in amtlichen Kreisen verlaute, daß die chinesischen Gesandten Marquis Tseng und Li-Fong-Pao abberufen werden sollen.

Jedenfalls wird sich bald zeigen müssen, ob es der chinesischen Regierung mit ihren Drohungen gegen Frankreich seiner Zeit Ernst war.

— Englische Blätter, so z. B. die „Times", erhalten aus Amerika die Bestätigung der Ansicht, daß der am Donnerstag vom Senate zu Washington gefaßte Beschluß, die internationale afrikanische Assoziation anzuerkennen, gegen das englisch-portugiesische Uebereinkommen gerichtet ist. Der Senat hat auch beschlossen, eine amerikanische Kommission nach dem Kongo zu entsenden, welche über die natürlichen Hülfsquellen des Landes berichten und die Mittel in Vorschlag bringen soll, die zur Förderung des amerikanischen Handels in diesem Gebiete empfehlenswerth erscheinen.

Aus dem Reichslande, 10. April. Seitdem der Landesausschuß geschlossen ist, sind irgend welche Vorgänge von politischem Interesse in Elsaß-Lothringen nicht vor sich gegangen. Auch von einer politischen Agitation in antideutschem Sinne ist nichts zu merken, seitdem die Regierung gezeigt hat, daß sie darin keinen Spaß versteht. Von einer Wahlbewegung für die kommenden Reichstagswahlen ist noch nicht im Entferntesten die Rede, wie denn überhaupt den Reichsangelegenheiten, wenngleich in viel höherem Maße wie früher, doch noch nicht das nöthige Interesse seitens der Bevölkerung zugewendet wird. Das zeigt sich auch darin, daß von den 15 elsaß-lothringischen Reichstagsabgeordneten in dieser Session bisher nur einer oder zwei ganz kurze Zeit in Berlin gewesen sind. Die allgemeine Aufmerksamkeit ist nach wie vor nur auf die mißliche Lage der Landwirthschaft gerichtet. Um dieselbe zu bessern, macht sich im Lande eine lebhafte Bewegung für die Erhöhung der Getreidezölle geltend. Von vielen einsichtigen Landwirthen wird aber entschieden bestritten, daß dadurch eine Besserung zu erzielen sein würde. Von ihnen wird die Befreiung der Bauern von dem Drucke der Wucherer, also die Reform des Kreditwesens, und das weniger theure Ankaufen der Güter als das beste Heilmittel bezeichnet. Dem Vernehmen nach wird der Statthalter, welcher sich einer guten Gesundheit erfreut, wie alljährlich so auch dieses Jahr im nächsten Monat eine Badereise nach Karlsbad unternehmen. Es sind jetzt alle Gerüchte wieder verstummt, daß er die Absicht habe, das Kommando über das 15. Armeekorps abzugeben.

Ausland.

Paris, 11. April. Das gegenwärtig den Kammern vorliegende Rekrutirungsgesetz stößt in ganz Frankreich auf großen Widerstand, und zwar deshalb, weil es den Einjährig-Freiwilligendienst abschafft. Eine größere Anzahl von Protesten gegen die Maßregel sind bereits beim Handelsminister eingelaufen; darunter einer von der Handelskammer von Lyon, in welchem klargelegt wird, daß alle Anstrengungen, welche man macht, um den französischen Handel wieder zu heben, nutzlos sein werden, wenn man die jungen Kaufleute, welche tüchtige Studien machen, 3 Jahre lang in die Kasernen einsperren will. „Wenn", so schließt der Protest der Lyoner Handelskammer, „unsere Kammer glaubte, daß unsere militärische Organisation durch die Aufrechterhaltung des einjährig-freiwilligen Dienstes leiden könnte, so würde sie nicht zögern, sich vor diesem höchsten Interesse der nationalen Vertheidigung zu beugen; unsere volle Ueberzeugung ist aber, daß dieselbe dadurch nicht im geringsten geschwächt werden wird, daß die erste Grundlage der Größe und des Einflusses eines Landes in seiner kommerziellen, industriellen und landwirthschaftlichen Tüchtigkeit und in seiner wissenschaftlichen Kultur besteht. Die beiden größten handeltreibenden Nationen der Welt, England und die Vereinigten Staaten, kennen die allgemeine Wehrpflicht nicht; die Völker des Festlandes, die auf ihre Militärmacht am meisten halten, wie Deutschland, opfern nicht leeren Theorien der Gleichheit die ernstesten Interessen ihrer nationalen Erziehung und ihres wirthschaftlichen Fortschrittes auf."

Stettiner Nachrichten.

Stettin 16. April. In Bezug auf die Einlegung resp. Begründung eines Rechtsmittels (Revisions-Beschwerde) bei denjenigen Gerichten, bei denen Einrichtungen behufs Empfangnahme von Schriftstücken außerhalb der Dienststunden im Gerichtsgebäude nicht getroffen sind, hat das Reichsgericht, II. Straffenat, am 5. Februar d. J. folgenden Beschluß gefaßt: Durch die am letzten Tage der Rechtsmittelfrist nach dem Schluß der Dienststunden an den Kastellan des Gerichtsgebäudes geschehene Ueberreichung des Schriftsatzes ist die Rechtsmittelfrist nicht gewahrt, selbst wenn der Kastellan noch an demselben Tage das Schriftstück auf den Tisch des zur Empfangnahme bestimmten, aber nicht mehr anwesenden Gerichtsschreibers legt. Ein Kastellan, welchem die Aufsicht über das Gerichtsgebäude obliegt, gehört in seiner Eigenschaft als solcher nicht zu denjenigen Beamten, welche zur Empfangnahme der an das Gericht gerichteten Schriftstücke berufen sind.

— Nach § 34 zu V. der Postordnung können Postanweisungen u. s. w. bis zum Betrage von 300 Mark in dem Falle, daß der Empfänger nicht anwesend sein sollte, einem erwachsenen Familienmitgliede desselben ausgezahlt werden. Diese Bestimmung hat, obwohl sie zur Erleichterung des Geschäftsganges bei der Post und der bestellenden Unterbeamten beiträgt, doch Unzuträglichkeiten im Gefolge, wie nachstehender Prozeßfall beweist. Auf eine eingesandte Rechnung hatte Jemand seinem Schneider sofort 300 Mark durch Postanweisung übermittelt und darüber auch ordnungsmäßig den Empfangsschein der Postanstalt erhalten. Nach Halbjahrsfrist erhält er eine Mahnung des Schneiders, die unbeachtet bleibt, und nach weiteren zwei Monaten eine Klage. Als der Verklagte nun seine Postquittung vorzeigt, wird ihm von dem klägerischen Anwalt erwidert, daß sein Vollmachtgeber nichts erhalten, der Betrag vermuthlich von einem bei dem Kläger wohnenden ungerathenen nahen Verwandten, der inzwischen nach Amerika ausgewandert, in Empfang genommen worden sei. Der Verklagte mußte, da Kläger den Nichtempfang unter Beweis gestellt, die 300 Mk. nochmals und dazu noch die Kosten bezahlen. Eine Anfrage bei der Post, um möglicherweise über die Person des Empfängers etwas Näheres festzustellen, blieb fruchtlos, da die Haftpflicht der Post nur sechs Monate vom Tage der Auflieferung an dauert.

— Am Schullehrer-Seminar zu Bütow ist der Rektor Dr. Futh von der Oberschule daselbst als erster Lehrer angestellt worden.

— Der Postdampfer „Werra", Kapt. J. Barre, vom Norddeutschen Lloyd in Bremen, welcher am 2. April von Bremen abgegangen war, ist am 12. April Morgens wohlbehalten in Newyork angekommen.

— Am 2. Feiertage ging die Operette „Morilla" von J. Hopp mit Fräulein Martin in der Titelrolle abermals in Szene. Das Libretto, welches märchenhaft viele spannende Momente, weniger pikante Verwickelungen enthält, fesselt stets die Aufmerksamkeit des Publikums, und bleibt immer frisch und neu. Die Musik sprudelt voll der lieblichsten Melodien, der Rhythmus ist lebendig, hier und da tritt eine spanische Nationalweise heraus, kurz, die Musik hat etwas sehr angenehm Wohlklingendes und bestrickend Reizendes in sich. Dabei ist sie originell und frei von Reminiszenzen aus Werken anderer Komponisten. Die Rollen sind fast sämmtlich dankbare. Fräulein Martin sang und spielte die „Morilla" mit seltenem Humor und mit der lieben würdigsten Schalkheit, wie sie so recht ihrem seelischen Wesen innewohnt. Die Anerkennung des Auditoriums äußerte sich denn auch in wiederholten, rauschenden Beifallsspenden. Fräulein Lund als Prinz Leon und Herr Froneck (Amarce) gaben ihre Rollen mit sichtlichem Interesse. Die Herren Ulbrich (Don Pablo), Worlitzsch (Acturio) und Seidler (Don Martinez) brachten ebenfalls ihre Rollen zur vollen Geltung.

— Auf vieles Verlangen gelangt heute im Stadttheater noch einmal das beliebte Lustspiel „Der Probepfeil" von Oskar Blumenthal zur Aufführung und zwar zu kleinen Preisen und kommt mit dieser Vorstellung die diesjährige Wintersaison des einheimischen Personals im Stadttheater zum Abschluß. Im Bellevue-Theater findet morgen noch eine Wiederholung des reizenden Lustspiels „Durch die Intendanz" mit Fräulein Margarethe Ruprich als Gast statt. Am Freitag beginnt das Ensemble der Mitglieder des königlichen Theaters am Gärtnerplatz in München einen auf kurze Zeit bemessenen Gastspiel-Zyklus im Stadttheater und gelangt zunächst das oberbaierische Volksstück „Der Herrgottschnitzer von Ammergau" zur Darstellung. Die Gediegenheit der Vorstellungen genannter Gesellschaft ist bereits in den weitesten Kreisen anerkannt, so daß auch hier große Erfolge zu erwarten stehen dürften. — Wir machen auf das bevorstehende Gastspiel ganz besonders aufmerksam.

Kunst und Literatur.

Theater für heute. Stadttheater: „Der Probepfeil." Lustspiel in 4 Akten.

Vermischte Nachrichten.

— Den Verlust eines Ohres hatte gestern der Sprengwagenkutscher E. aus Rixdorf in Folge einer unsinnigen Wette zu beklagen. Derselbe behauptete, daß er von einer Wand, an der er sich festhalte, durch Ziehen an den Ohren nicht fortgebracht werden könnte. Es kam eine bezügliche Wette zu Stande und sein Gegner zog so ernergisch an dem Ohr des B., daß er ihm dasselbe abriß. Der Verletzte mußte sich in ärztliche Behandlung begeben.

— (Ein guter Vergleich.) Ein deutscher Prinz machte seine Hochzeitsreise. Am herrlichsten Frühlings-Nachmittage sitzt er mit seiner reizenden jungen Frau in der lauschigen Einsamkeit eines Tannenwaldes. „Ob's wohl auf Erden zwei andere Sterbliche giebt, die so selig sind, als ich und Du, theure Natalie?" ruft er ekstatisch nach oben blickend. Ein Wort giebt das andere. Man ergeht sich in theoretischen Betrachtungen aller Art und kommt zu dem Schlusse, daß es für die Möglichkeit des Glückes gleichgültig sei, ob man in der Hütte oder im Palast wohne. Wie das Paar eben im besten Plaudern ist, kommt ein junger Bauer lustig singend des Weges daher. „Geliebter," raunt die Prinzessin ihrem Gatten ins Ohr, „laß uns den Landmann fragen, ob er auch das Glück kennt und versteht, wie wir!" „Gut, sagte der Gatte lächelnd, fragen wir!" Er winkte den Landmann heran. „Sagt, mein Freund," beginnt er, nachdem er den Menschen durch einige Vorfragen zutraulich gemacht, „seid Ihr eigentlich glücklich?" „Wie meint der Herr das?" „Nun ob Ihr mit Eurem Schicksal zufrieden seid?" „Freili," versetzt der Bauer. „I wüßt nöt, was mir abging. I hob' mei gutes Auskomm'n; Frau und Kinder sind, Gott sei Dank, gesund, Esse und Trinke schmeckt mir und von Sorgen und Aerger weiß i halt gar nix." „So!" sagt der Prinz behutsam. „Aber besinnt Euch doch einmal, habt Ihr im Ernste gar keine Sorgen? Erwächst Euch nie und nirgends einmal Verdruß?" „Das i nöt wüßt! Höchstens — nun ja — das stimmt richtig. Manchmal, — ja ...." Die Prinzessin horcht auf. „Nun," ermunterte der Prinz, sprecht ungenirt! Was habt Ihr zu klagen?" „Ja," sagte der Bauer, sich hinter den Ohren kratzend, „manchmal hob' i halt was mit mein'm Weib. Schauen's so am Sonntag .... Unter der Woch' gang' i halt nöt viel ins Wirthshaus; oder wenn i gang', trink i halt ein Glas oder zwei. Des Sonntags aber — no, Ihr wißt's halt, wie's da geht. Da sitzt man bei em gute Freund, und da kömmt zum zweiten Glaserl das dritte — no, und wenn der Förster kömmt, trinkt mer auch a viertes, oder a fünftes, und dann kömmt der Herr Lehrer, der a gar lustiger Herr ist, und da trinkt mer a sechstes und a siebentes, und zuletzt kömmt der Feldgendarm, der hat an Durscht, über den geht gar nix, und da trinkt mer a achts, und a neunts, und manchmal auch a zehnts und a elfts ... und wann i nur gar a zwölfts trinke und komme heim und bin a bissel fidel, dann fängt mei Weib an zu keifen und zu räsonniren ..." „Was," unterbricht ihn die Prinzessin, entrüstet, „Ihr wollt Eure arme Frau noch anklagen, wenn sie über Euch schändlichen Trunkenbold in Verzweiflung geräth? Ihr seid ja auf ganz abscheulichem Wege! Zwölf Glas? Und das erzählt Ihr mit lachendem Munde? Bedenkt Ihr denn gar nicht, daß bei solchem Lebenswandel schließlich der ganze Hausstand rückwärts geht, daß die Kinder mißrathen, wenn der Vater ihnen dies schändliche Beispiel giebt. Könnt ihr denn nicht vergnügt sein ohne diese gräßlichen Ausschweifungen?" Da stößt der Bauer den Prinzen augenzwinkernd mit dem Ellbogen in die Seite und sagt mit einem verständnißvollen Blick auf die erglühende Prinzessin: „Akkurat die nämliche Her' wie mei Marei!" Spricht's und verläßt mit einem Jodler den Schauplatz.

Telegraphische Depeschen.

Paris, 14. April. Nachrichten aus Anzin sagen, die Stimmung unter den Strikenden sei eine erheblich günstigere, so daß eine Wiederaufnahme der Arbeit in größerem Maßstabe demnächst erwartet werde.

Petersburg, 14. April. Die geographische Gesellschaft hat gestern via Kiachta folgendes Telegramm vom Forschungsreisenden Prschewalsky aus Alaschan vom 20. Januar erhalten: die Wüste Gobi ist glücklich passirt; im nördlichen Theile derselben überstieg die Kälte den Quecksilber-Gefrierpunkt. Wir sind alle gesund und gedenken morgen nach Kukunor aufzubrechen.

Petersburg, 15. April. Durch kaiserl. Ukas vom 8. April (27. März) erfolgte die Ernennung des bisherigen Gesandten in München, von Staal, zum Botschafter in London.

Wie die deutsche „Petersburger Ztg." erfährt, hat die Juden-Kommission einen Theil ihres Programms erledigt, nämlich die Sammlung und Sichtung aller in Großrußland, Kleinrußland und Litthauen erlassenen Gesetze über die Juden aus dem 17. und 18. Jahrhundert. Nunmehr werden die modernen Gesetzesbestimmungen, welche in Rußland sowohl wie in den übrigen Ländern Europas erlassen sind, zusammengestellt, und den dritten Theil der Aufgabe der Kommission bilden dann die Beleuchtung und Begutachtung des gesammten Materials sowie die Begründung der zu empfehlenden Maßregeln.

Kasan, 14. April. Die angeordnete Inspektion in den durch Mißernte besonders betroffenen Kreisen Kasan, Mamadysch, Tschistopol, Laischew durch Baron Uexkull im Auftrage des Ministerium des Innern ergab, daß Hungersnoth daselbst nicht vorhanden ist, ebensowenig Fälle von Hungerstod oder Hunger-Typhus vorgekommen sind. Indessen herrscht in vielen Dörfern große Armuth und mancherlei Nothstand, den Nothleidenden wird aber möglichste Hülfe geleistet.

Bukarest, 15. April. Die Kammer hat sich bis zum 8. Mai vertagt.

Neapel 14. April. Gestern Abend feuerte ein Soldat in der Trunkenheit in Folge eines Wortwechsels mit Kameraden in der Kaserne eine Anzahl Gewehrschüsse ab, durch welche 5 Soldaten getödtet und 3 schwer verletzt wurden. Außerdem zogen sich 2 Soldaten Verletzungen bei ihrer Flucht aus dem Fenster zu.

Shanghai, 15. April. Nach hier eingegangenen Meldungen aus Peking wäre Prinz Kung angeklagt, Bestechungen angenommen, der chinesischen Regierung opponirt und nach der höchsten Macht gestrebt zu haben. Prinz Kung würde seine Erbrechte behalten, aber seine amtlichen Würden und Einkünfte verlieren. Prinz Lis hih-to und der erste Präsident des Finanz-Departements Chinglien, ferner der erste Präsident des Strafdepartements Wenyu und der zweite Vizepräsident des Bauten-Departements Sinyiching seien an Stelle der degradirten Geheimräthe zu Mitgliedern des Geheimen Raths ernannt worden.

Newyork 14. April. Ein Telegramm aus Libertad von gestern meldet, am 13. d. Mts. sei gegen den Präsidenten von Guatemala ein Mordversuch gemacht worden, der Präsident sei leicht verwundet.